

<b>Einleitung: Typen der Anwaltsklausur .....</b>	<b>1</b>
<b>§ 1 Klageschriftklausur .....</b>	<b>6</b>
<b>A. Allgemeines / Einarbeitung in die Klausur bzw. Vorbereitung des Schriftsatzes.....</b>	<b>6</b>
I. Mandantenzielermittlung / Bearbeitung des Sachverhalts .....	6
1. Herausarbeitung der Grundlinie der Aufgabenstellung: Klageschrift als Aufgabe / Rollenverteilung mit dem zusätzlichen Gutachten.....	6
2. Detailermittlung der sachlichen Mandantenziele .....	7
II. Tatsachenermittlung .....	8
1. Herausarbeitung und Selektion der juristisch relevanten Fakten .....	8
2. Überprüfung der Anlagen.....	8
III. Materiellrechtliche Prüfung .....	9
1. Schlüssigkeitsanalyse .....	10
2. Prüfung etwaiger Verteidigungsmöglichkeiten des Gegners.....	10
IV. Beweisführung.....	11
1. Beweisbedürftigkeit.....	11
a. Allgemeinkundige Tatsachen .....	12
b. Gerichtskundige Tatsachen .....	12
2. Beweislastverteilung .....	12
a. Hauptregel: Jeder die für ihn günstigen Tatsachen .....	12
b. Ausdrückliche Beweisregelungen .....	13
c. Rückschluss aus Gesetzesformulierung .....	14
d. Regel-Ausnahmeprinzip .....	15
e. Richterrechtliche Beweislastregeln / wichtige Fallgruppen.....	15
aa. Vertragsrecht: „Sphärentheorie“ .....	15
bb. Arzt- und Produzentenhaftung.....	16
cc. Beweisvereitelung .....	16
3. Beweismittel .....	17
a. Augenschein.....	17
b. Zeuge .....	17
aa. Abgrenzung zum Sachverständigen .....	17
bb. Abgrenzung zur Parteivernehmung.....	18
c. Sachverständiger.....	18
d. Urkundenbeweis.....	19
e. Parteivernehmung .....	20
V. Prozessuale Umsetzung der Mandantenziele / Prozesstaktik.....	20
1. Festlegung der Partei(en) auf Klägerseite .....	20
a. Rechtsinhaberschaft mehrerer .....	20
aa. Gesamt- oder Mitgläubigerschaft .....	21
bb. Gesetzliche Prozessstandschaft .....	21
cc. Notwendige Streitgenossenschaft .....	22
b. Nichtidentität von Gläubigerschaft und Klägerrolle .....	23
aa. Erhebung der Klage in gesetzlicher Prozessstandschaft.....	23
bb. Erlangung der Zeugenstellung durch Forderungsabtretung .....	23
cc. Erhebung der Klage in gewillkürter Prozessstandschaft .....	24
2. Festlegung des bzw. der richtigen Beklagten .....	24
a. Klageerhebung gegen notwendige Streitgenossen .....	24
b. Klageerhebung gegen Gesamtschuldner .....	25
aa. Nachteil: Höhere Kostenrisiken .....	25
bb. Vorteile in der späteren Vollstreckung.....	25
c. Notwendigkeit der Klageerhebung gegen mehrere Personen zur Herbeiführung der Durchsetzbarkeit des Titels .....	26
d. Einbeziehung von Zeugen .....	27
3. Festlegung des objektiven Klageumfangs / Problem der Teilklage.....	28
a. Mögliche Vorteile einer Teilklage .....	28
b. Nachteile / Gefahren einer Teilklage.....	28

aa. Keine (positive) Rechtskrafterstreckung für Folgeprozess .....	28
bb. Verjährung der Restforderung .....	29
cc. Provokation einer Feststellungswiderklage .....	29
dd. Gefahr der verdeckten Teilklage: Verlust des Restes der Forderung? .....	30
c. Anforderungen an den Inhalt einer (offenen) Teilklage .....	31
4. Auswahl des richtigen Gerichts / Zuständigkeitsprüfung .....	31
a. Allgemeines .....	31
b. Mehrere zuständige Gerichtsstände .....	32
c. Die objektive Klagehäufung .....	32
d. Streitgenossen / Gemeinsamer Gerichtsstand .....	32
e. Die Gerichtsstandsvereinbarung .....	33
5. Erhebung einer Stufenklage .....	34
a. Prozessuale Ausgangssituation .....	34
b. Vor- und Nachteile der Stufenklage / Unterschiede zur reinen Auskunftsklage .....	35
aa. Vorteile .....	35
bb. (Scheinbare) Nachteile .....	35
c. Voraussetzungen der Stufenklage .....	36
aa. Spezialgesetzliche Auskunftsansprüche .....	36
bb. Auskunftsanspruch aus § 242 BGB .....	37
cc. Umfang der Auskunft / Bedeutung der §§ 259 ff. BGB .....	37
dd. Entfallen der Auskunftspflicht .....	37
6. Erhebung einer Feststellungsklage .....	38
a. Positive Feststellungsklage .....	38
aa. Allgemeines .....	38
bb. Spannungsverhältnis zur Klage auf künftige Leistung (§§ 257 ff. ZPO) .....	39
cc. Wichtiger Sonderfall: Feststellungsklage bezüglich Annahmeverzuges bei Zug-um-Zug-Titeln .....	41
dd. Wichtiger Anwendungsbereich: Arbeitsrecht .....	42
b. Negative Feststellungsklage .....	43
c. Zwischenfeststellungsklage gemäß § 256 II ZPO .....	43
7. Einsatz von Haupt- und Hilfsanträgen .....	44
a. Anwendungsbereich des „echten“ Hilfsantrages .....	44
b. Anwendungsbereich des „uneigentlichen“ Hilfsantrages .....	46
c. „Unechter“ Hilfsantrag .....	46
d. Eintritt der Wirkung des Hilfsantrages / Frage der Verjährungsgefahr .....	47
8. Wahl einer besonderen Verfahrensart .....	48
a. Das Mahnverfahren .....	48
b. Der Urkunden- und Wechselprozess .....	50
9. Prüfung der Durchsetzbarkeit außerprozessualer Anwaltskosten (Geschäftsgebühr) gegen den Prozessgegner: .....	51
a. Voraussetzungen des Anfalls der Geschäftsgebühr .....	51
b. Erstattungsansprüche gegen den Prozessgegner .....	52
aa. Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen .....	52
bb. Geltendmachung von sonstigen Ansprüchen .....	52
10. „Begleitmaßnahmen“ des Anwalts bei der Mandatsübernahme bzw. Vorbereitung der Klage: .....	53
a. Anforderung der schriftlichen Prozessvollmacht .....	54
b. Unverzichtbare Belehrungen des Mandanten .....	54
c. Klärung etwaiger staatlicher Hilfe bezüglich der Prozesskosten .....	54
d. „Absicherung“ der Kostenfolgen der Klage: .....	55
e. „Absicherung“ für Fall des Unterliegens: Streitverkündung .....	55
<b>B. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen .....</b>	<b>56</b>
I. Das Rubrum der Klageschrift .....	57
1. Adressierung / Bezeichnung des Gerichts .....	57
2. Parteibezeichnung .....	57
3. Prozessgegenstand .....	58
4. Streitwertangabe .....	58
5. Angabe einer besonderen Verfahrensart .....	59

II. Die Anträge der Klageschrift.....	59
1. Allgemeines zu den Anträgen .....	59
a. Bestimmter Leistungsantrag .....	59
aa. Allgemeines .....	59
bb. Leistungsantrag in gesetzlicher Prozessstandschaft .....	60
b. Zinsantrag.....	61
c. Der Kostenantrag .....	61
d. Der Antrag zur vorläufigen Vollstreckbarkeit.....	62
aa. Schutzanträge.....	62
bb. Antrag zur Art der Sicherheitsleistung.....	62
e. Antrag zu Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren .....	62
f. Antrag auf Anerkenntnisurteil im schriftlichen Vorverfahren .....	62
2. Besondere Sachanträge .....	63
a. Stellung eines unbezifferten Leistungsantrags .....	63
b. Der Herausgabeanspruch .....	65
c. Der Lieferungsanspruch .....	65
d. Die Klage auf Vornahme einer Handlung .....	66
aa. Unterscheidung von vertretbarer / unvertretbarer Handlung .....	66
bb. Verbindung mit Entschädigungsanspruch.....	66
e. Anträge auf Auskunft und Rechnungslegung / Stufenklage .....	67
f. Unterlassungs- und Duldungsklage .....	68
g. Klage auf Abgabe einer Willenserklärung .....	69
h. Antrag auf Verurteilung Zug um Zug .....	70
i. Feststellungsanträge .....	71
aa. Positive Feststellungsklage gemäß § 256 I ZPO .....	71
bb. Negative Feststellungsklage.....	74
cc. Zwischenfeststellungsklage gemäß § 256 II ZPO .....	74
III. Die Begründung der Klage .....	74
1. Tatsachenvortrag .....	74
a. Notwendiger Inhalt der Klageschrift .....	74
b. Darstellung der Klagebegründung / Aufbau .....	76
aa. Einführung in den Streitstand .....	76
bb. Inhalt und Umfang des Tatsachenvortrags .....	77
cc. Aufbau des Sachvortrags.....	80
dd. Sonderproblem: Klagevortrag zum Zinsanspruch .....	80
2. Beweisangebote.....	83
a. Umfang / strenge Orientierung an der Beweislast .....	83
b. Verhalten in kritischen Grenzfällen .....	83
c. Umgang mit zeugnisverweigerungsberechtigten Zeugen .....	84
3. Rechtsausführungen .....	85
a. Notwendigkeit der Rechtsausführungen .....	85
b. Ort und Umfang der Darstellung .....	85
c. Stil und Inhalt der Rechtsausführungen .....	86
aa. Einleitungssatz.....	86
bb. Urteilsstil mit Tiefgang .....	86
cc. Parteirolle beachten: nur positive Aspekte! .....	87
dd. Erwähnung von Unproblematischem? .....	88
ee. Fundstellenangabe? .....	89
IV. Erklärung zur gütlichen Einigung .....	89
V. Erklärung zur Entscheidung durch den Einzelrichter .....	89
<b>C. Sonderfälle: Anspruchsbegründung nach vorherigem Mahnverfahren .....</b>	<b>90</b>
<b>§ 2 Reaktionsschriftsätze, v.a. Klageerwiderng.....</b>	<b>92</b>
<b>A. Allgemeines zur Klageerwiderng / Einarbeitung in die Klausur.....</b>	<b>92</b>
I. Sachverhaltsvorgaben .....	92
II. Ansatzpunkte für die Verteidigung.....	92
1. Prüfung der Zulässigkeit der Klage.....	93
2. Schlüssigkeitsprüfung der Klage .....	93

3. Klärung der Beweislage: Beweisangebot, Bestreiten oder Unstreitigstellen.....	94
a. Unstreitigstellen bzw. Geständnis .....	95
b. Gegenangriff bei für den Beklagten ungünstigen Behauptungen .....	96
aa. Klärung der Beweislastverteilung .....	96
bb. Reaktion bei Beweislast des Gegners; Gegenbeweis .....	97
cc. Reaktion bei überflüssigem Beweisangebot des Gegners .....	97
III. Festlegung der richtigen Reaktion .....	98
1. (Teil)-Anerkenntnis.....	98
a. Prüfung der Voraussetzungen des § 93 ZPO .....	99
b. Anerkenntnis bei Nichtvorliegen von § 93 ZPO .....	99
2. Vergleichsverhandlungen .....	100
3. Klageabweisung / Ansatzpunkte hierfür .....	100
a. Überblick.....	100
b. Aufrechnung .....	100
4. Die Widerklage.....	101
a. Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	101
b. Typische Anwendungsfälle bzw. -probleme der Widerklage .....	103
aa. Umgehung der Präklusion / „Flucht in die Widerklage“ .....	103
bb. Umgehung eines Aufrechnungsverbotes .....	104
cc. Verhältnis der Widerklage zur Aufrechnung .....	104
dd. Widerklage gegen Klage auf Zug-um-Zug-Leistung .....	106
ee. Feststellungswiderklage .....	107
ff. Einbeziehung eines Dritten / sog. Drittwiderklage .....	110
c. Weitere Auswirkungen der Widerklageerhebung .....	111
aa. Kostenfragen: Änderung des Gebührenstreitwerts .....	111
bb. Auswirkungen auf die sachliche Zuständigkeit .....	112
IV. Klärung von Fristen und Terminen .....	113
<b>B. Formalia des Klageerwiderungsschriftsatzes selbst .....</b>	<b>113</b>
I. Rubrum / Adressierung der Klageerwiderung .....	114
II. Die Anträge .....	114
1. Der Sachantrag .....	114
a. Voller Abweisungsantrag .....	114
b. Hilfsweise Einrede: .....	115
c. Formulierung eines (Teil)-Anerkenntnisses .....	115
2. Vollstreckungsschutzanträge .....	116
a. Allgemeiner Vollstreckungsschutzantrag .....	116
b. Besonderer Vollstreckungsschutzantrag .....	116
III. Formelle Besonderheiten bei Erhebung einer Widerklage.....	117
IV. Die Begründung der Klageerwiderung .....	117
1. Einführung in die Verteidigungslinie .....	117
2. Vortrag zur Unzulässigkeit der Klage .....	118
a. Frage der Notwendigkeit bzw. Sinnhaftigkeit einer Rüge .....	118
b. Position im Schriftsatz .....	118
3. Der Sachvortrag des Beklagten .....	119
a. Einleitung durch Zusammenfassung.....	119
b. Aufbau des Sachvortrags .....	119
c. Bestreiten von Tatsachen .....	120
aa. Einfaches Bestreiten.....	121
bb. Substanziertes Bestreiten .....	121
cc. Bestreiten mit Nichtwissen.....	122
d. Vortrag zu den Einwendungen bzw. Einreden .....	123
4. Rechtsausführungen .....	123
a. Allgemeines .....	123
b. Mehrfachverteidigung mit Tatsachen- und Rechtsargumenten .....	124
5. Stellungnahme zum Einzelrichter .....	124

<b>C. Sonderfälle der Klageerwidlung: Reaktion auf Versäumnisurteil oder Vollstreckungsbescheid zugunsten des Gegners .....</b>	<b>125</b>
I. Einspruch gegen ein Versäumnisurteil (v.a. § 331 III ZPO) .....	125
1. Zusatzaufgabe: Klärung der Zulässigkeit des Einspruchs .....	125
2. Andere Anträge (§ 343 ZPO) .....	126
3. Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung .....	127
II. Erwidrung auf Anspruchsbegründung des Gegners nach Einspruch gegen Vollstreckungsbescheid (§ 700 IV ZPO) .....	128
1. Sachliche Erwidrung noch nicht im Einspruch selbst .....	128
2. Inhalt der zu stellenden Anträge .....	128
3. Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung nach §§ 707, 719 (hier i.V.m. § 700 I) ZPO .....	129
<b>D. Andere „Reaktionsschriftsätze“ (Replik, Duplik): .....</b>	<b>129</b>
I. Klausurtechnische Unterschiede zu anderen Schriftsatzklausurtypen: .....	129
1. Besonderheiten beim Tatsachenvortrag: .....	129
a. Aufgabe hier: Überprüfung und Ergänzung des Vortrags und der Beweisangebote .....	130
b. Reaktion auf Widerklage des Gegners: .....	130
c. Reaktion auf Einwendungen des Gegners: .....	130
d. Reaktion auf veränderte Umstände: .....	131
e. Sonderfall: Kündigungsschutzklage im Arbeitsrecht: .....	131
2. Auswirkung auf die Rechtsprobleme: .....	131
II. Typische prozessuale Probleme der Replik: .....	132
1. Reaktion des Klägers auf Prozessaufrechnung des Beklagten: .....	132
2. Reaktion des Klägers auf Widerklage .....	133
3. Notwendige Änderungen bzw. Erweiterungen der Klageanträge: .....	133
a. Korrektur anfänglich ungeeigneter Anträge .....	133
b. Wg. Veränderung der Umstände im Prozessverlauf .....	134
III. Sonderfall der Replik: Einspruch gegen VU nach § 330 ZPO .....	134
<b>§ 3 Einstweiliger Rechtsschutz .....</b>	<b>135</b>
<b>A. Mandantenzielermittlung / Herangehen an den Sachverhalt .....</b>	<b>135</b>
I. Feststellung, dass gerade einstweiliger Rechtsschutz begehrt wird .....	135
II. Festlegung, welche Art von einstweiligem Rechtsschutz konkret einschlägig ist .....	136
1. Überblick .....	136
a. Arrest gemäß §§ 916 ff. ZPO .....	137
b. Einstweilige Verfügung gemäß §§ 935 ff. ZPO .....	137
c. Einstweilige Anordnungen gemäß §§ 49 ff FamFG .....	137
2. Prüfungssystematik .....	138
3. Details zur Abgrenzung .....	139
a. Arrest .....	139
aa. Arrestvoraussetzung: jetzt schon klagbarer Geldanspruch .....	139
bb. Mögliches Arrestziel: (nur) Sicherung des Geldanspruchs .....	139
b. Anwendungsbereich der einstweiligen Verfügung .....	140
aa. Sicherungsverfügung gemäß § 935 ZPO .....	140
bb. Regelungsverfügung gemäß § 940 ZPO .....	141
cc. Leistungsverfügung gemäß (bzw. analog) § 940 ZPO .....	141
dd. Umstrittener Sonderfall: Unterlassungsverfügung .....	142

<b>B. Die einzelnen Rechtsbehelfe</b>	<b>143</b>
I. Beantragung eines Arrestes	143
1. Voraussetzungen der Zulässigkeit	143
a. Auswahl des richtigen Gerichts / Zuständigkeit	143
b. Postulationsfähigkeit	143
c. Behauptung eines Arrestanspruchs <i>und</i> eines Arrestgrundes	144
2. Voraussetzungen der Begründetheit / Glaubhaftmachung von Arrestanspruch und Arrestgrund	144
a. Objektive Voraussetzungen der Begriffe Arrestanspruch und Arrestgrund	144
aa. Arrestgrund beim dinglichen Arrest	144
bb. Arrestgrund beim persönlichen Arrest	145
b. Begriff Glaubhaftmachung / Auswirkungen auf die Beweisführung	146
aa. Allgemeines / keine eingeschränkte Subsumtion!	146
bb. Auswirkung auf die Auswahl der Beweismittel	147
c. Umfang der notwendigen Beweisführung / Beweisbedürftigkeit	150
3. Kostenrechtliche Fragen	152
4. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen	152
a. Das Rubrum des Arrestantrages	153
b. Antragstellung	153
aa. Hauptsacheantrag	153
bb. Evtl. Hilfsantrag: Stattgabe gegen Sicherheitsleistung	154
cc. Gleichzeitiger Vollstreckungsantrag	154
dd. Vorläufige Vollstreckbarkeit	155
ee. Antrag auf Entscheidung gerade ohne mündliche Verhandlung	156
ff. Antrag zur Sicherheitsleistung des Gegners?	156
c. Begründung des Antrages	156
II. Beantragung einer einstweiligen Verfügung	157
1. Voraussetzungen der Zulässigkeit	157
a. Prüfung des zuständigen Gerichts	157
b. Postulationsfähigkeit	158
c. Behauptung von Verfügungsanspruch <i>und</i> Verfügungsgrund	158
2. Voraussetzungen der Begründetheit	158
a. Glaubhaftmachung von Verfügungsanspruch <i>und</i> Verfügungsgrund	158
b. Sonderfälle: Verfügungsanspruch genügt	159
c. Besondere Voraussetzungen der Entscheidung im Beschlussverfahren (ohne mündliche Verhandlung)	159
3. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen	160
a. Einleitungssatz des Antrages	160
b. Antrag bei Sicherungsverfügung wegen Herausgabeanspruch	160
c. Antrag bei Unterlassungsverfügung	161
III. Beantragung einer einstweiligen Anordnung auf Unterhalt	162
1. Voraussetzungen der Zulässigkeit	162
a. Statthaftigkeit	162
b. Zuständigkeit	162
c. Regelungsbedürfnis	162
d. Postulationsfähigkeit	163
2. Begründetheit des Antrags	163
3. Fertigung des Schriftsatzes selbst / formelle und inhaltliche Anforderungen	163
a. Rubrum	163
b. Anträge	163
c. Antragsbegründung	164
<b>C. Reaktion auf eine (gegen den Mandanten) ergangene Entscheidung im einstweiligen Rechtsschutz</b>	<b>164</b>
I. Ermittlung des richtigen Rechtsbehelfs	164
1. Rechtsbehelfe im Arrestverfahren bzw. bei einstweiliger Verfügung	164
2. Rechtsbehelfe gegen eine einstweilige Anordnung	165

II. Einzelheiten zum Widerspruch .....	165
1. Ermittlung des richtigen Adressaten / Zuständigkeit des Gerichts: .....	165
2. Die Anträge im Widerspruchsschreiben .....	166
3. Begründung des Widerspruchs .....	166
<b>§ 4 Prozessgutachten des Anwalts .....</b>	<b>168</b>
<b>A. Varianten des anwaltlichen Prozessgutachtens / Aufbau .....</b>	<b>168</b>
I. („Einschichtiges“) Gutachten zur Vorbereitung eines Schriftsatzes .....	168
1. Prüfung der Erfolgsaussichten in der Sache .....	169
2. Prozessuale Umsetzung der realisierbar erscheinenden Ziele / Zweckmäßigkeitserwägungen: .....	170
II. „Relationsgutachten“ oder „zweischichtiges Gutachten“: .....	171
<b>B. Besonderheiten in der Arbeitsweise gegenüber dem Gutachten im         Referendarexamen: .....</b>	<b>171</b>
I. Verwendung eines gemäßigten Gutachtenstils oder gar Urteilsstils .....	171
II. Strenge Orientierung an der höchstrichterlichen Rechtsprechung .....	172
III. Chance-Risiko-Abwägung statt apodiktischer Ergebnisse .....	172
<b>§ 5 Berufungsbegründung .....</b>	<b>174</b>
<b>A. Prüfungsschritte zur Vorbereitung des Schriftsatzes .....</b>	<b>174</b>
I. Klärung, ob Berufung einschlägig / Statthaftigkeit .....	174
1. Grundfall: Vorgabe durch den Bearbeitervermerk .....	174
2. Allgemeiner Bearbeitervermerk / Abgrenzungsfragen .....	174
a. Abgrenzung bei unklarem Urteil (Meistbegünstigungstheorie) .....	175
b. Abgrenzung zwischen erstem und zweitem Versäumnisurteil .....	175
c. Abgrenzung zum Nachverfahren (Urkundenprozess) .....	175
d. Sonderfall: Vorgehen mit Anhörungsfrage (§ 321a ZPO) .....	177
II. Klärung weiterer Fragen der Zulässigkeit der Berufung .....	178
1. Beschwer / Beschwerdewert .....	178
2. Form der Berufungseinlegung (§ 519 ZPO) .....	179
3. Einlegungsfrist (§ 517 ZPO) .....	179
a. Behandlung von Zustellungsfehlern .....	179
b. Berufungsfrist bei notwendiger Streitgenossenschaft .....	180
c. Berufungsfrist bei Streithelfern .....	180
4. Begründungsfrist (§ 520 II ZPO) .....	180
III. Prüfung der Erfolgchancen in der Sache selbst / Begründetheit der Berufung .....	181
1. Besonderheiten bezüglich der Zulässigkeit der Klage .....	181
2. Besonderheiten bezüglich der Begründetheit der Klage .....	181
IV. Erweiterungen des Streitgegenstands und Aufrechnung in der Berufung (§ 533 ZPO) .....	182
V. Sonderfall: Berufung gegen zweites Versäumnisurteil (§ 514 II ZPO) .....	183
1. Statthaftigkeit der Berufung gegen zweites VU nach Vollstreckungsbescheid (§§ 700 I, 345 ZPO): .....	183
a. Fall 1: gesetzliche Voraussetzungen der Säumnis fehlten .....	183
b. Fall 2: unverschuldete Säumnis .....	183
c. Fall 3 / Erweiternde Auslegung: Unzulässigkeit oder Unschlüssigkeit der Klage .....	184
d. Einordnung der Punkte im Prüfungsschema .....	185
2. Statthaftigkeit der Berufung gegen zweites VU nach „echtem“ ersten VU .....	185

3. Weitere Zulässigkeitsprüfung.....186

4. Begründetheit der Berufung.....186

VI. Kostenfragen .....186

**B. Formalia des Berufungsbegründungsschriftsatzes..... 187**

    I. Rubrum .....187

    II. Berufungsanträge (§ 520 III Nr. 1 ZPO) .....187

        1. Hauptsacheantrag: ausdrückliche und räumlich abgetrennte Antragstellung .....187

        2. Unterscheidung zwischen Abänderung und Aufhebung .....188

            a. Grundregel: eigene Sachentscheidung mit Abänderung (§ 538 I ZPO und § 528 S. 2 ZPO): .....188

                aa. Fall 1: Berufung des Beklagten wegen voller Verurteilung .....189

                bb. Fall 2: Berufung des Beklagten wegen teilweiser Verurteilung.....189

                cc. Fall 3: teilweise Berufung des Beklagten wegen (voller) Verurteilung .....190

                dd. Fall 4: (volle) Berufung des Klägers wegen voller Klageabweisung .....190

                ee. Fall 5: Berufung des Klägers wegen teilweiser Klageabweisung.....191

            b. Anwendungsbereich des § 538 II ZPO / Aufhebung und Zurückverweisung oder Sachentscheidung .....191

                aa. Abgrenzung zwischen eigener Sachentscheidung und Zurückverweisung.....191

                bb. Konsequenzen für die Anträge .....192

            c. Wichtiger Sonderfall: Anträge bei Berufung nach § 514 II i.V.m. § 700 VI ZPO bei Unschlüssigkeit der Klage .....193

        3. Antrag zu den Kosten .....194

            a. Fall der Entscheidung durch das Berufungsgericht .....194

            b. Vorgehen bei nur teilweisem Angriff .....194

            c. Fall der Aufhebung und Zurückverweisung.....195

        4. Antrag zur Vollstreckbarkeit.....195

        5. Evtl. noch: Antrag zur Einstellung der Zwangsvollstreckung (§§ 719 I, 707 ZPO).....195

    III. Darstellung der Berufungsgründe (§ 520 III 2 ZPO).....196

        1. Allgemeines.....196

        2. Umfang der Begründungspflicht .....197

            a. Mehrere Streitgegenstände oder selbständig entscheidbare Teile eines Anspruchs .....197

            b. Berufung gegen einheitlichen Streitgegenstand .....197

        3. Inhaltliche und stilistische Anforderungen .....199

            a. Angriff auf die Tatsachengrundlage der erstinstanzlichen Entscheidung (§ 520 III 2 Nr. 3 ZPO).....199

            b. Angriff auf die Rechtsanwendung der ersten Instanz (§ 520 III 2 Nr. 2 ZPO) .....200

                aa. Berufungsbegründung des Beklagten .....201

                bb. Berufungsbegründung des Klägers.....201

            c. Bezugnahme auf erstinstanzliches Vorbringen.....202

        4. Wichtiger Sonderfall: Darstellung der Berufungsgründe bei Berufung gegen zweites Versäumnisurteil (§ 514 II ZPO): .....202

        5. Stellungnahme zu den Rechtsfolgen der erfolgreichen Berufung .....203

    IV. Rolle des Hilfsgutachtens in der Klausur .....204

        1. Stellungnahme zur Zulässigkeit der Berufung .....204

        2. Stellungnahme zu „negativen“ materiellrechtlichen Fragen .....204

    V. Angabe des Beschwerdewerts (§ 520 IV Nr. 1 ZPO) .....205

    VI. Äußerung zur Übertragung auf den Einzelrichter (§ 520 IV Nr. 2 ZPO).....205



<b>§ 6 Vertragsgestaltung</b>	<b>206</b>
<b>A. Wesen der Vertragsgestaltung</b>	<b>206</b>
<b>B. Arbeitsweise in der Klausur</b>	<b>208</b>
I. Mandantenzielermittlung	208
II. Tatsachenermittlung:	211
1. Persönliche Verhältnisse:	212
2. Vermögensrechtliche Verhältnisse	214
3. Vorhandene frühere Vereinbarungen	215
III. Rechtliche Umsetzung	216
1. Bedeutung des Bearbeitervermerks	216
2. Einordnung in Rechtsgebiete	217
3. Ermittlung des Regelungsbedarfs	217
4. Ermittlung der Regelungsmöglichkeiten	219
5. Auswahl der richtigen Gestaltung	220
a. Übereinstimmung mit dem Regelungswunsch	220
b. Klarheit und Eindeutigkeit	221
c. Sicherheit	221
6. Form der Umsetzung	223
7. Stil der Umsetzung	224
<b>C. Drei verschiedene Klausurtypen</b>	<b>225</b>
I. Vorbereitendes Gutachten	225
II. Überprüfendes Gutachten	225
1. Eigener Entwurf des Mandanten	226
2. Entwurf durch den Vertragspartner des Mandanten	226
III. Formulierung eines eigenen Entwurfs	228